

# Sollen die Parteien ihre Finanzen offen legen müssen?

Die Öffentlichkeit habe ein Anrecht zu erfahren, wer Parteien und Komitees mit Grossspenden unterstützt. Das sehen längst nicht alle so, etwa weil sie geschäftliche Nachteile befürchten



**Nadine Masshardt,**  
Berner SP-Nationalrätin  
und Co-Präsidentin der  
Transparenz-Initiative

## Ja, das stärkt das Vertrauen in die Politik

Die Schweiz ist das letzte Land Europas ohne Transparenz-Regelung bei der Politikfinanzierung. Ein Zustand, der gerade in unserer direkten Demokratie mit so vielen Abstimmungen und Wahlen besonders unhaltbar ist. Das rügt regelmässig auch die Anti-Korruptionsbehörde des Europarates (*Greco*).

Um für alle Beteiligten – Wählerinnen, Politiker, Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Lobbyisten – klare Verhältnisse zu schaffen, haben BDP, EVP, Grüne, SP, *Transparency International* und weitere Organisationen im Herbst 2017 eine Volksinitiative eingereicht. Diese ist moderat formuliert und fordert: Spenden von juristischen und natürlichen Personen über 10000 Franken an Parteien oder Komitees müssen offengelegt werden. Anonyme Spenden sind verboten. Denn wo so hohe Summen fließen, können Abhängigkeiten entstehen. In einer gesunden Demokratie wissen die Bürgerinnen und Bürger davon.

Dennoch erfahren wir mit unserem Anliegen viel Widerstand. Sämtliche Vorstösse, die bis heute im Parlament behandelt wurden, sind abgelehnt worden. Der Bundesrat sagt auch aktuell Nein zur Transparenz-Initiative, und die *Staatspolitische Kommission* des Ständerats hat sich nur zu einem verwässerten Gegenvorschlag durchgerungen. Dieser setzt die Untergrenze so hoch an, dass kaum je eine Spende offengelegt werden müsste. Bis Ende August läuft dazu die Vernehmlassung.

Dank unserer Volksinitiative kann die Bevölkerung bald erstmals selbst Transparenz herstellen und damit das Vertrauen in die Demokratie stärken. Die Vorzeichen dazu stimmen uns zuversichtlich: Alle Umfragen der letzten Jahrzehnte sowie zwei aktuelle Abstimmungen in den Kantonen Schwyz und Freiburg zeigen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger endlich Transparenz bei der Politikfinanzierung wünschen. ◆

## Nein, erzwungene Transparenz würgt Parteispenden ab

Vor mehr als 30 Jahren wurde ich in den Bezirksrat Einsiedeln gewählt. Der Bezirksrat ist im Kanton Schwyz die Exekutive, die auch für Gemeindeaufgaben zuständig ist. Ich wurde erst im zweiten Wahlgang gewählt, da man mir den Vorwurf machte, als Sohn einer Brauereibesitzerfamilie vom Clan finanziert zu werden und wirtschaftlich abhängig zu sein. Ich weiss bis heute nicht, wer diese Inserate und Flugblätter erstellt und bezahlt hat. Sie kosteten schon damals einige Tausend Franken.

Ich vermute, dass darunter auch Leute waren, mit denen ich später als Exekutivmitglied immer wieder konfrontiert war. Hätte ich gewusst, wer diese Propaganda finanziert hat, hätte das die Zusammenarbeit, sobald es diese Kreise betroffen hätte, negativ belastet. Transparenz kann auch der Sache schaden und Lösungen verhindern, weil damit eine objektive Beurteilung schwieriger wird.

Als Mitbesitzer einer Brauerei, Unternehmer und eidgenössischer Parlamentarier bin ich immer wieder erstaunt, wie unsere Kunden meine politische Tätigkeit beobachten. Als ich im Nationalrat für die Verschärfung des Asylgesetzes stimmte, wurde mir von Kunden aus dem politischen linken Spektrum Unmenschlichkeit vorgeworfen. Aufgrund dessen hat unser Unternehmen Kunden verloren.

Als Braumeister bin ich stolz, dass alle Kreise von links bis rechts unser Bier konsumieren. Mein Unternehmen wird sich aber hüten, irgendwelche Parteien zu unterstützen, wenn dies öffentlich gemacht werden muss. Wir könnten spenden, wem wir wollten – es wäre in den Augen von gewissen Kunden immer negativ, und damit der Verlust von Kunden vorprogrammiert. Die Parteienfinanzierung würde mit der aufgezwungenen Transparenz abgewürgt. ◆



**Alois Gmür,** seit 2011  
CVP-Nationalrat des  
Kantons Schwyz, ist  
Inhaber einer Brauerei  
in Einsiedeln